

EIL-A6NEU2 We want you(r): Wohnraum!

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün
Beschlussdatum: 01.06.2018
Tagesordnungspunkt: 7.7.3 Inhaltliche Anträge

2608 Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte sieht im Artikel 25 – „Recht auf
2609 einen angemessenen Lebensstandard“ für jeden Menschen das Recht auf eine Wohnung
2610 vor. Wir fordern, dass dieses Recht ernst genommen wird und jeder Mensch
2611 lebenswerten Wohnraum zur Verfügung hat. In den meisten Städten in Deutschland
2612 ist das Thema Wohnen jedoch zu einer existentiellen Frage geworden. Personen mit
2613 niedrigen und mittleren Einkommen leiden darunter, dazu gehören meistens auch
2614 Studierende. Neben finanziellen Einschränkungen spielen oft soziale Merkmale
2615 eine Rolle, aufgrund dessen bestimmte Personengruppen bei der Wohnungssuche
2616 benachteiligt werden. Im studentischen Milieus sind dies oftmals ausländische
2617 Studierende, die während der Wohnungssuche diskriminiert werden. Neben einer
2618 Erhöhung, Ausweitung und Anpassung der BAföG-Leistungen an lokale Gegebenheiten
2619 fordert Campusgrün weitere Verschärfungen und Etablierung von Instrumenten, um
2620 die Verteuerung von Wohnraum und den Wohnungsmangel zu bekämpfen, damit Wohnraum
2621 wieder mehr an die Wohnbedürfnisse von Menschen auszurichten. Zusätzlich zu dem
2622 Beschluss „Wohnungsnot bekämpfen – Günstigen Wohnraum schaffen!“ aus dem Jahr
2623 2013 sieht Campusgrün folgenden Handlungsbedarf:

2624 1. Verschärfung der Mietpreisbremse

2625 Die momentane Form der Mietpreisbremse hat sich überwiegend als wirkungslos und
2626 ineffektiv erwiesen: Sie greift nicht konsequent genug und nur in bestimmten
2627 Regionen, Wiedervermietungsrenten liegen oftmals weiterhin über der
2628 festgesetzten Obergrenze und Verstöße können nicht konsequent verfolgt und
2629 geahndet werden. Daher fordert Campusgrün folgende Aspekte zur Verbesserung der
2630 Mietpreisbremse:

- 2631 • Berechnung der Mietspiegel ändern: Anzahl der vorangegangenen Jahre
2632 erhöhen, die für die Abbildung der Mietentwicklung in den Mietspiegeln
2633 ausschlaggebend sind
- 2634 • Schonzeitraum verlängern, in dem keine Mietsteigerungen möglich sind und
2635 gleichzeitig Erhöhungsmöglichkeiten verringern
- 2636 • Umlegung von Modernisierungskosten begrenzen, indem darauffolgende
2637 Mieterhöhungen nur im Rahmen ortsüblicher Vergleichsmieten erfolgen dürfen
- 2638 • Verstöße als Ordnungswidrigkeit ahnden und den Zeitraum für Rückzahlungen
2639 auf den Beginn des Mietverhältnisses erweitern
- 2640 • Auskunftspflichten über Errechnung der Miete von Vermieter*innen gegenüber
2641 Mieter*innen einführen

2642 2. Schluss mit Spekulationen – ökologisches, nachhaltiges und sozial-
2643 verträgliches Bauen statt leeren Wohnflächen!

2644 Neben steigender Mieten stellt auch fehlender Wohnraum ein Problem dar: Das
 2645 Angebot kommt der Nachfrage in den Städten nicht hinterher. Für eine Trendwende
 2646 ist es ausschlaggebend, dass sich Leerstand und Nichtbebauung nicht mehr lohnen,
 2647 damit potentielle Wohnflächen nicht als Spekulationsobjekte missbraucht werden.
 2648 Dort, wo nur noch wenig Fläche zur Verfügung steht, können Nachverdichtungen
 2649 Umwidmungen von leerstehenden Gewerbeflächen und experimentelle Wohnformen als
 2650 Nutzung urbaner Nischen auch auf ökologische und nachhaltige Weise
 2651 Wohnraumangel entgegenwirken. Es müssen Regelungen für Neubauten,
 2652 Nachverdichtungen und Sanierungen geschaffen werden, die darauf hinwirken, dass
 2653 der zur Verfügung stehenden Raum ökologisch, energiebewusst und
 2654 bedarfsorientiert genutzt wird und Nichtbebauung von Flächen sowie Leerstand von
 2655 Gebäuden sanktioniert. Campusgrün fordert daher:

- 2656 • Baulandsteuer bei der Nichtbebauung von Wohnflächen einführen, zusätzlich
 2657 zu der bereits von Campusgrün geforderten Steuer auf Leerstand
- 2658 • Stufentarife bei der Grunderwerbssteuer einführen
- 2659 • Reformierung der Grundsteuer hin zur Bodenwertsteuer
- 2660 • Nachverdichtungen wie Dachaufstockungen an ökologisch sinnvollen Orten
 2661 steuerlich begünstigen
- 2662 • Gesetzliche Regelungen zur Verringerung des Flächenbedarfs, die zur
 2663 Schaffung der notwendigen Wohneinheiten führen
- 2664 • Schaffung von Räumen und Abbau von Hürden für Wohnprojekte, experimentelle
 2665 Wohnkonzepte und forschendes Wohnen

2666 3. Förderung bezahlbaren Wohnens

2667 Neben einer verschärften Mietpreisbremse und der Unterbindung von
 2668 Immobilienspekulationen benötigt es vor allem auch sozialen Wohnungsbau und
 2669 Wohnungsbau im Sektor der niedrigen Mieten, um den Bedarf an bezahlbarem
 2670 Wohnraum für alle zu decken. Personen mit niedrigem Einkommen sind häufig auf
 2671 sozialen Wohnungsbau angewiesen. Studierende sind zusätzlich noch auf
 2672 ausreichende und mit Bafög bezahlbare Wohnraumplätze, sowie auf eine angemessene
 2673 BAföG-Wohnraumpauschale angewiesen, beides ist momentan nicht gegeben. Daher
 2674 fordert Campusgrün:

- 2675 • Förderung des sozialen Wohnungsbaus ausweiten, für eine ausreichende
 2676 Finanzierung über den Bund ist hier eine Grundgesetzänderung notwendig
- 2677 • Förderung von experimentellen und forschenden Wohnkonzepten die den
 2678 Flächenbedarf unserer aktuellen Wohngewohnheiten überdenken
- 2679 • Investitionszuschüsse bei der Bereitstellung (Umbau, Neubau) von Wohnungen
 2680 im Sektor der niedrigen Mieten und zu Wohnungsbaugenossenschaften
- 2681 • Zusätzliche Bezuschussung der Sanierung und des Neubaus von
 2682 Wohnheimplätzen über den Bund
- 2683 • Orientierung der BAföG-Wohnraumpauschale an lokalen Mietspiegeln

2684 4. Gemeinsamer Kampf für bezahlbaren Wohnraum – Solidarität mit Hausbesetzungen

2685 Die aktuellen Hausbesetzungen in Berlin machen noch einmal verstärkt auf die
2686 problematische Situation des Wohnungsmarkts - nicht nur in Berlin - aufmerksam.

2687 Die Mieten steigen trotz gesetzlicher Mietpreisbremse immer weiter an.

2688 Campusgrün schließt sich daher der Solidaritätserklärung der GRÜNEN JUGEND an:

2689 Der politische Skandal sind nicht die Hausbesetzungen, sondern die immer weiter

2690 steigenden - kaum noch bezahlbaren – Mieten (1).

2691 (1)[https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)
2692 [gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)

Unterstützer*innen

Robin Ebbrecht (GHG Stendal)